

2006-05-30

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 16.05.2006

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland
Mrosek, Andreas

Unentschuldigt

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Öffentliche Tagesordnungspunkt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss

Frau Nußbeck begrüßte die Mitglieder und Gäste des Ausschusses und stellte die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zur vorliegenden Tagesordnung wurden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die den Mitgliedern des Ausschusses heute ausgereichte Übersicht zur Steuereinnahmekraft der Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Es handle sich hier um Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, die jährlich veröffentlicht werden. Daraus habe Frau Nußbeck die wichtigsten Informationen zusammengestellt. Dargestellt wurden die kreisfreien Städte, die herausragenden Kreisangehörigen Gemeinden und dem gegenübergestellt die Angaben für Sachsen-Anhalt insgesamt.

Im Weiteren, so Frau Nußbeck, wurden die Steuereinnahmen der ostdeutschen Städte und Gemeinden 2005 bis 2010 gemäß der Steuerschätzung Mai 2006 dargestellt. Hieraus sei ersichtlich, dass sich nunmehr ein durchweg positives Bild abzeichne.

Auf die Anfrage von Herrn Dr. Schmidt erläuterte Frau Nußbeck zum Begriff „Steuereinnahmekraft“, dass es sich hier um den Gesamtbetrag aus den Realsteuern der Gemeinden, hier der Grundsteuer A + B, der Gewerbesteuer und weiterer Bagatellsteuern, wie beispielsweise Hundesteuer u. a., pro Kopf (Einwohner) handle. Die Umsatzsteuer und Einkommenssteuer seien hierin nicht enthalten.

Zum Stand der Haushaltsplanung erläuterte Frau Nußbeck, dass die Verwaltung die Planentwürfe in die OB-Dienstberatung am 18.05.2006 einreichen werde. Momentan sei davon auszugehen, dass das Ziel der Ausreichung des Haushaltes zur Sitzung des Stadtrates am 14.06.2006 erreicht werde. Zeitgleich werde man wie angekündigt das Landesverwaltungsamt kontaktieren und diesen Entwurf vorberaten, um nach Beschluss im Stadtrat eine relativ schnelle Entscheidung durch die Aufsichtsbehörde zu erreichen.

In diesem Zusammenhang informierte Frau Nußbeck die Mitglieder des Ausschusses, dass auf der letzten Tagung des Landesverwaltungsamtes den Oberbürgermeistern und den Landräten eine Übersicht zur Haushaltsplanung 2005&2006 übergeben wurde. Hier wurden die 21 Landkreise und 3 kreisfreien Städte dargestellt, von denen mit Stand vom 05.04.2006 10 Kommunen einen genehmigten Haushalt 2006 und 5 Kommunen einen beanstandeten Haushalt 2006 hatten. 7 Kommunen hatten zum Stand ihren Haushalt 2006 noch nicht eingereicht und der Haushalt von 2 Kommunen befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Prüfung durch das Landesverwaltungsamt. D. h., dass zum heutigen Zeitpunkt maximal 12 Kommunen über einen genehmigten Haushalt 2006 verfügen.

Weiterhin, so Frau Nußbeck, wurde den Mitgliedern des Ausschusses neben der zur heutigen Sitzung zu behandelnden Quartalsanalyse der Stand der Erfüllung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 30.04.2006 zur Information übergeben.

Mit Bezug auf die Anfrage von Herrn Mrosek in der Sitzung des Ausschusses am 19.04.2006 wurde den Mitgliedern heute die Krankenstandsanalyse 2005 übergeben.

Unter Bezugnahme auf die Anfrage von Herrn Maloszyk in der Sitzung des Ausschusses am 19.04.2006 führte Frau Nußbeck aus, dass durch das Amt 37 eine Übersicht über die zur Sicherung des Parks Luisium beim Frühjahrshochwasser angefallenen Zusatzkosten erstellt. In Anbetracht dessen, dass Herr Maloszyk aufgrund Krankheit zur heutigen Sitzung nicht anwesend sei, werde vorgeschlagen, diese Übersicht dem Protokoll als Anlage beizufügen. Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2006

Dem Protokoll der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 19. April 2006 wurde ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0 – einstimmig

4. Berichterstattung zur Haushaltskonsolidierung

4.1. Prüfung Generalsanierung und Umnutzung Schulgebäude Elballee 24

Frau Nußbeck erläuterte, dass zwischenzeitlich ein Nutzungskonzept erstellt wurde, welches sich bereits im Kulturausschuss zur Diskussion befinde. Nach dortiger abschließender Beratung werde eine Kostenschätzung erarbeitet und die Thematik im Haushalts- und Finanzausschuss beraten. Aus diesem Grund seien zum heutigen Zeitpunkt noch keine Aussagen zu finanziellen Auswirkungen möglich. Frau Nußbeck schlug aus diesem Grund vor, diese Thematik zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ausschussmitglieder stimmten diesem Vorschlag zu.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.2. Umsetzung Konsolidierungsvorschläge 2003, 2004, 2009, 2010, 2011, 2015, 3010, 4017

Frau Nußbeck führte aus, dass Frau Neuhäuser vom Schulverwaltungsamt für etwaige Anfragen die ausgereichte Zusammenstellung über die Abarbeitung der verschiedenen Konsolidierungsvorschläge betreffend zur Verfügung stehe.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4.3. Strategie zur Optimierung des Fuhrparks der Stadt Dessau

Zum Thema wurde Herr Bekierz, Amtsleiter des Hochbauamtes, begrüßt. Herr Bekierz erläuterte die den Mitgliedern des Ausschusses ausgereichte Handreichung inhaltlich.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt zu den Ausführungen der Bildung von Minipools und die zukünftige Strategie, beispielsweise zur Optimierung der Laufleistung der einzelnen Fahrzeuge, erläuterte Herr Bekierz dass in Bezug auf die Laufleistung berücksichtigt werden müsse, dass die vorhandenen Fahrzeuge sich fast ausschließlich im Kurzstreckenbereich des Stadtgebietes bewegen. Durch die zukünftige größere Ausdehnung des Stadtgebietes werde sich die durchschnittliche Laufleistung zwangsläufig erhöhen. Hinzu komme, dass durch die Poolbildung eine Optimierung der Laufleistung aller Fahrzeuge der Stadt gewährleistet sei.

Herr Bekierz machte weiter deutlich, dass die Bildung eines großen Pools, so wie von Herrn Dr. Schmidt angesprochen, einen erheblichen Mehraufwand an Koordination nach sich ziehe, da die Fahrzeuge an verschiedenen Standorten stationiert sind (Rathaus, Ordnungsamt, Ferd.-v.-Schill-Str., Wallstraße, etc.)

Dem Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt zur Nutzung von Teil-Autovereinen stehe entgegen, so Herr Bekierz, dass den Ämtern dann die Flexibilität bei der Planung von Terminen bzw. Nutzung von Fahrzeugen verloren ginge. Herr Bekierz brachte zum Ausdruck, dass er zuvorsichtig sei, dass die Minipoolbildung der richtige Weg sei, was die gemachten Erfahrungen zeigen. Dies bedeute aber nicht, dass dieses System zu gegebener Zeit nicht noch einmal der Überprüfung bedarf.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

5. Öffentliche Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Gebührenkalkulation Rettungsdienst Vorlage: BV/163/2006/II-37

Frau Nußbeck führte aus, dass für etwaige Anfragen Herr Schneider als Amtsleiter des Amtes 37 zur Verfügung stehe.

Herr Schneider gab zur Vorlage noch eine Information die Fehlfahrtenproblematik betreffend. Hintergrund sei der, dass in der Vergangenheit durch die Krankenkassen die sog. Fehlfahrten (Fahrten, die eine Mitnahme des Patienten nicht erforderlich machten) nicht vergütet wurden. Nach weiteren Verhandlungen wurde Einigkeit darüber erzielt, dass diese Vorortversorgung durch die Krankenkassen ebenfalls vergütet werde. Aus diesem Grund stellen sich die Zahlen für die Jahre 2004 und 2005 reduziert dar.

Auf die Anfrage von Herrn Pätzold erläuterte Herr Schneider, dass sich eine Desinfektion des Rettungswagens erforderlich mache bei bestimmten Patientengruppen mit infektiösen Krankheiten und beim Tod des Patienten.

Diese Leistungen, einschl. der damit verbundenen Standzeiten aufgrund Einwirkzeiten werden nunmehr ebenfalls durch die Krankenkassen vergütet.

Herr Bier erfragte die Gründe der Senkung der km-Pauschale von 4,50 EUR auf 4,00 EUR. Herr Schneider erläuterte, dass hier dem Wunsch der Krankenkassen entsprochen wurde, die zur Vereinheitlichung der vorgenommenen Gebührensenkung bei den einzelnen Leistungsarten, beispielsweise bei Rettungs-, Notarzt- oder Krankenwagen eine Senkung der km-Pauschale vorschlugen, damit der Trend zu einheitlichen Gebührensenkungen erkennbar sei.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Die vorliegende „Gebührenkalkulation Rettungsdienst“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0 – einstimmig

5.2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Rettungsdienstes der Stadt Dessau

Vorlage: BV/158/2006/II-37

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Die vorliegende „Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Rettungsdienstes der Stadt Dessau“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0 – einstimmig

5.3. Wohnlaubenentgelt in Kleingärten gemäß Bundeskleingartengesetz

Vorlage: BV/025/2006/VI-66

Frau Nußbeck führte aus, dass zur Beantwortung etwaiger Anfragen Herr Spittka, Abt.-Leiter Tiefbauamt, zur Verfügung stehe.

Frau Ehlert erbat Informationen zur Anzahl der betroffenen Kleingärten und im Weiteren Ausführungen zu Erfahrungen aus den Bereichen, in denen ein Wohnlaubenentgelt bereits erhoben werde und ob diesbezüglich Erlassanträge vorlägen.

Herr Spittka erläuterte, dass von den im Stadtgebiet von Dessau befindlichen 72 Kleingartensparten in 4 Sparten Wohnnutzung stattfinde. Davon befinde sich 1 Kleingartenanlage im Zuständigkeitsbereich des Landes, so dass insgesamt 3 Anlagen, ca. 40 Personen, davon betroffen seien. Erlassanträge hinsichtlich des Wohnlaubenentgeltes liegen nicht vor.

Die weitere Anfrage von Frau Ehlert, ob der Stadtverband gegen die Erhebung dieses Wohnlaubenentgeltes Bedenken geäußert habe, wurde von Herrn Spittka verneint.

Auf die Anfrage von Herrn Bier die Mitglieder des Stadtverbandes betreffend, die Anlagen als Eigentum erworben haben erklärte Herr Gröger, dass diese nicht unter die Wohnlaubenentgeltregelung fallen, da diese grundsteuerpflichtig gegenüber der Stadt seien.

Im Weiteren erbat Herr Bier Angaben, für wie viel Gartenlauben in Dessau Grundsteuern erhoben werden. Weiterhin erfragte Herr Bier unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Gröger die Situation des Leerstandes von Gartenflächen betreffend, welche finanziellen Auswirkungen ein Rückgang dieser Beträge auf den städtischen Haushalt haben würden. Frau Nußbeck sagte eine diesbezügliche Zuarbeit zu.

Bezug nehmend auf die Anfrage von Herrn Pätzold nach der Ermittlung der Verkehrswerte und damit möglicher Sachverständigenkosten erklärte Herr Gröger, dass dies durch die Gutachterstelle des Vermessungsamtes erfolge.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

6/0/1 – mehrheitlich

**5.4. Analyse zur Umsetzung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 31.03.2006
Vorlage: IV/048/2006/II-20**

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Dessau, 03.01.07

Sabrina Nußbeck
Vorsitzender Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Schriftführer